

Nachrichten

Masterarbeiten zum Harzreisprojekt erfolgreich verteidigt

Die drei Masterarbeiten zu möglichen interkommunalen Kooperationen im Bereich Kommunalwirtschaft im Landkreis Harz wurden am 31. August 2011 in Halberstadt erfolgreich verteidigt. In den Ausgaben Dezember 2010, März und Juni 2011 von UNTERNEHMERIN KOMMUNE + FORUM NEUE LÄNDER wurde über dieses in Deutschland vermutlich einmalige Forschungsprojekt berichtet.

Drei Studenten aus dem Harzreis forschten zum Thema „Potenziale und mögliche Effekte der interkommunalen Kooperation der Städte Blankenburg, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode im Bereich der Kommunalwirtschaft und angrenzender Bereiche“. Sie wurden von ihrer Stadt (Blankenburg) bzw. ihren Stadtwerken (Halberstadt, Quedlinburg) in den deutschlandweit ersten Master-Studiengang Kommunalwirtschaft delegiert, der am 14. September 2010 in der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde begonnen hatte. Die Potenzialerfassung war Gegenstand der Masterarbeiten der drei Studenten aus dem Harzreis. Die Themen wurden in einer Forschungsgruppe bearbeitet, in der neben den Studenten die Stadt Wernigerode durch den Leiter des Beteiligungsmanagement vertreten ist.

Der offizielle Projektstart war am 13. Oktober 2010 in Blankenburg. Dort konstituierte sich



Nach der erfolgreichen Verteidigung gab es das obligatorische Gruppenfoto. Von links nach rechts: Bodo Himpel, Geschäftsführer Halberstadtwerke und Gutachter, Prof. Dr. Mario Stoffels, Leiter des Studienganges Kommunalwirtschaft an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und Gutachter, Marion Bathke, Dozentin im Studiengang Kommunalwirtschaft und Gutachterin, Hannes Deicke, Katja Sachtleben, Philipp Eysel, Prof. Dr. Michael Schäfer, Dozent im Studiengang Kommunalwirtschaft, Gutachter und Betreuer, Michael Hamecher, Leiter Beteiligungsmanagement in der Stadtverwaltung Wernigerode und Mitglied der Forschungsgruppe

in Gegenwart der Oberbürgermeister und Bürgermeister der vier Harzstädte und der Geschäftsführer der dortigen Stadtwerke die Forschungsgruppe. Deren Mitglieder trafen sich am 28. Januar 2011 in der Schlossvilla Derenburg zu ihrer ersten Beratung. Diese Konsultationen wurden am 8. April unter Federführung der Stadtwerke Quedlinburg fortgesetzt.

Engagierter Gastgeber für die Verteidigung der Arbeiten am 24. August waren die Halberstadtwerke. Die Masterarbeiten befassten sich mit folgenden Themen:

Katja Sachtleben, Stadtwerke Quedlinburg: „Potenziale und mögliche Effekte der interkommunalen Kooperation der Städte Blankenburg, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode für den Bereich der Stadtwerke mit dem Schwerpunkt Energieversorgung“

Hannes Deicke, Halberstadtwerke: „Potenziale und mögliche Effekte der interkommunalen Kooperation der Städte Blankenburg, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Berücksichtigung der dazu bereits bestehenden interkommunalen Strukturen wie den Zweckverbänden“

Philipp Eysel, Stadtverwaltung Blankenburg: „Potenziale und mögliche Effekte der interkommunalen Kooperation der Städte Blankenburg, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode im Bereich der Kommunalwirtschaft und angrenzender Bereiche aus übergreifender und struktureller Sicht. Analyse der bestehenden Strukturen und Vorschläge zur Optimierung unter Beachtung der identifizierbaren Synergiepotentiale“

Alle drei Autoren konnten für ihren jeweiligen Gegenstand Potenziale für interkommunale Kooperationen im Bereich der Kommunalwirtschaft identifizieren, deren Erschließung als aussichtsreich bewertet wurde. Die Ergebnisse sollen nun zeitnah den Oberbürgermeistern/Bürgermeistern aus Blankenburg, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode und den Geschäftsführern der dortigen

Stadtwerke vorgestellt werden. Dabei geht es auch darum, erste Schritte zur praktischen Umsetzung zu beraten.



dr.schaefer@unternehmerin-kommune.de

VKU: Regulierung des Wassermarktes gefährdet Versorgungssicherheit

Zu neuerlichen Forderungen der Bundesnetzagentur, die Wasserversorgung zum Gegenstand ihrer Regulierung zu machen, hat Anfang September der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) Stellung genommen. Bereits 2010, so der VKU, habe die Bundesregierung in einer Stellungnahme den Regulierungsforderungen im Wasserbereich der Monopolkommision eine klare Absage erteilt. „Damit hat die Bundesregierung die grundlegenden Bedenken der kommunalen Wasserwirtschaft aufgegriffen, dass die bewährten Kontrollinstrumente ausreichend sind und es eine Regulierung wie im Energiesektor nicht geben kann“, sagte Hans-Joachim Reck, VKU-Hauptgeschäftsführer. „Dies sollte auch die Bundesnetzagentur als nachgeordnete Behörde zur Kenntnis nehmen, die anscheinend nach neuen Betätigungsfeldern sucht. Denn an den Argumenten der Regierung hat sich bis heute nichts geändert.“

Ein Vorteil für die Verbraucher sei aus Sicht der VKU nicht zu erkennen. „Wasserversorgung ist eine kommunale Kernaufgabe der örtlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen sorgen für eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Trinkwasserversorgung“, erklärt Reck. „Bei einer Fokussierung allein auf die Wasserpreise und einer Reduzierung der Wasserwirtschaft auf eine reine Ökonomiediskussion werden Qualität, Versorgungssicherheit und Umweltschutz nicht in erforderlichem Umfang berücksichtigt. Zudem steht hinter dem Lebensmittel Wasser eine Vielzahl von Dienstleistungen, die von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sind. Dies führt zwangsläufig zu unterschiedlichen Preisen“, so Reck weiter.

Die Aussagen der Bundesnetzagentur könnten auch nicht mit Verbraucherinteressen begründet werden, denn diese wollten keine Regulierung. Das hätten bestätigten Haushaltskundenbefragungen von dimap und emnid bestätigt. Demnach fänden über 75 Prozent der Verbraucher ihren Wasserpreis angemessen und mehr als 90 Prozent seien mit der Versorgungssicherheit und der Qualität der kommunalen Wasserwirtschaft zufrieden.



www.vku.de